

Deutsche Staatsbürgerschaft

Ministerium hält Ausbürgerungsvorschlag von Merz für verfassungswidrig

Wenn es nach CDU-Chef Merz geht, könnte Straftätern mit Doppelpass die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden. Das sei verfassungswidrig, sagt das Innenministerium.

Aktualisiert am 7. Januar 2025, 13:55 Uhr  Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, AFP, [akm](#)



Merz kann sich vorstellen, straffälligen Doppelstaatlern die deutsche Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Das Bundesinnenministerium hat verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Vorschlag des CDU-Chefs.

© Karl-Josef Hildenbrand/dpa

Das Bundesinnenministerium hält den Vorschlag des [CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz](https://www.zeit.de/thema/friedrich-merz) [<https://www.zeit.de/thema/friedrich-merz>], Straftätern mit Doppelpass die deutsche Staatsbürgerschaft [<https://www.zeit.de/thema/staatsbuergerschaft>] zu entziehen, für rechtlich fragwürdig. "Ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit allein aufgrund des Verstoßes gegen Strafvorschriften wäre mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben" nicht vereinbar, sagte ein Ministeriumssprecher.

Wenn einem Kriminalitätsphänomen mit dem vorhandenen rechtsstaatlichen Instrumentarium begegnet werden könne, stelle sich die Aberkennung der Staatsangehörigkeit nicht als "verhältnismäßiges Mittel" dar. In Artikel 16 Absatz

1 Grundgesetz heißt es: "Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird."

Kritik von anderen Parteien

Der Unionskanzlerkandidat [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-01/csu-migrationspolitik-verschaerfung-bundestagswahlkampf-kloster-seeon>] hatte der *Welt am Sonntag* gesagt, die von der Ampelkoalition beschlossene doppelte Staatsbürgerschaft sollte nicht der Regelfall sein, sondern künftig wieder auf begründete Ausnahmefälle beschränkt werden. "Wir holen uns damit zusätzliche Probleme ins Land", sagte Merz. "Es müsste wenigstens auf der gleichen Ebene eine Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft möglich sein, wenn wir erkennen, dass wir bei straffällig werdenden Personen einen Fehler gemacht haben."

Die Aussagen stießen auf viel Kritik. Merz [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-12/friedrich-merz-bundestagswahl-politikwechsel-gruene>] mache damit aus eingebürgerten Menschen "Bürger zweiter Klasse", sagte SPD-Chefin Saskia Esken dem *Stern*. Auch Grüne und Linke kritisierten Merz. Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) findet den Vorschlag des CDU-Chefs unangemessen – besonders vor dem Hintergrund der Zunahme von Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. "In guten Zeiten sind wir Deutsche mit allen Rechten und Pflichten, in schlechten Zeiten lässt der Staat uns fallen wie heiße Kartoffeln", sagte der TGD-Vorsitzende, Gökay Sofuoğlu. Menschen mit Migrationsgeschichte würden dadurch zu Deutschen "auf Bewährung" [<https://www.zeit.de/sinn/2025-01/doppelte-staatsbuergerschaft-merz-einwanderung-straftaeter>].

Debatte um Doppelpass

Derweil forderten weitere CDU-Politiker eine Rückabwicklung der Staatsangehörigkeitsreform. Damit habe die im November gescheiterte Koalition "das Land gespalten", sagte Unionsparlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei ([CDU](https://www.zeit.de/thema/cdu) [\[https://www.zeit.de/thema/cdu\]](https://www.zeit.de/thema/cdu)). "Die geringen Voraussetzungen, die seit der letzten Reform für den Erwerb gelten, führen in den Augen vieler Menschen nicht zu mehr Zusammenhalt", sagte Frei.

Ausbürgerungsvorschlag

Friedrich Merz

Z+ **Staatsbürgerschaft**

Für immer Deutsche auf Bewährung

[\[https://www.zeit.de/sinn/2025-01/doppelte-staatsbuergerschaft-merz-einwanderung-straftaeter\]](https://www.zeit.de/sinn/2025-01/doppelte-staatsbuergerschaft-merz-einwanderung-straftaeter)

Bundestagswahlkampf

CSU verschärft ihre Forderungen zur Migrationspolitik

[\[https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-01/csu-migrationspolitik-verschaerfung-bundestagswahlkampf-kloster-se-eon\]](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-01/csu-migrationspolitik-verschaerfung-bundestagswahlkampf-kloster-se-eon)

Daher sei es für die Union "eines der wesentlichen Ziele, den falschen Weg der Ampel-Parteien beim Staatsangehörigkeitsrecht zu beenden", sagte Frei. "Die von der 'Ampel' zu verantwortende generelle Hinnahme der Mehrfachstaatsangehörigkeit ist ein ideologischer Irrweg und für die Integration in unserem Land ein Hindernis."